

Uwe Doering, MdA

Parlamentarischer Geschäftsführer,

Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15

doering@linksfraktion-berlin.de



1. Erneut ein Nachtrag zur Sparkasse (s. 1)
2. Erlösverteilung des GSG-Verkaufes (s. 1)
3. Der Bund soll Bundesdruckerei-Anteile erwerben (s. 1)
4. Verstetigung des QM-Gebietes Oberschöneweide (s. 2)
5. Linksfraktion zum Tarifsysteem der Wasserbetriebe (s. 2)
6. Uwe Doering persönlich - Sprechstunden (s. 2)

## Erneut ein Nachtrag zur Sparkasse

Was in den letzten Wochen zum anstehenden Verkauf der Sparkasse durch die Medien geisterte, beschäftigte die Genossinnen und Genossen sowie die Anhänger unserer Partei bis über die Landesgrenzen Berlins hinaus. Um den Sachverhalt kurz zusammenzufassen, zitiere ich aus dem Flugblatt der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin „Was passiert mit dem "roten S"“:

„Im Jahre 1993 wurde die Landesbank Berlin in eine Aktiengesellschaft eingebracht. Die Bankgesellschaft ging hohe Risiken ein und Berlin erlebte letztendlich den größten Bankenskandal in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Schaden betrug mehrere Milliarden Euro. Um der Stadt weit reichende Folgen zu ersparen, gewährte Berlin der Bankgesellschaft eine beispiellose Staatshilfe. So wurde die Landesbank - und als größter Bestandteil auch die Sparkasse - im Interesse der BerlinerInnen und Berliner vor Insolvenz und Schließung gerettet.

Die in dieser Höhe europaweit einmalige Beihilfe musste allerdings bei der Europäischen Kommission genehmigt

## Erlösverteilung des GSG-Verkaufes

Der Verkauf der Gewerbesiedlungsgesellschaft (GSG) ist vom Berliner Senat beschlossen worden.

Der Käufer - ein Konsortium aus der Immobiliengruppe Orco und den Investoren Morgan Stanley Fonds - verpflichtet sich damit nicht nur zu der Zahlung des Kaufpreises von 308,7 Millionen Euro, sondern auch der Schuldenübernahme der GSG in Höhe von 96 Millionen Euro und zur

## Der Bund soll Bundesdruckerei-Anteile erwerben

Zusammen mit der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Elke Breitenbach, gab ich in meiner Funktion als wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, folgende Erklärung zum Verbleib der Bundesdruckerei in Berlin-Kreuzberg ab:

werden. Am 18. Februar 2004 wurde sie unter einer Bedingung erlaubt: Berlin muss die Landesbank bis Ende 2007 verkaufen und damit die Verflechtung zwischen einer privatrechtlichen organisierten Bank und der öffentlichen Hand endgültig auflösen. So wie es für die EU typisch ist, darf sich das Land den Verkäufer nicht einfach aussuchen, sondern muss international ausschreiben. Damit war klar: Ohne Verkauf keine Beihilfen, ohne Beihilfe keine Fortexistenz der Bank. Und zwar der gesamten Bank, einschließlich der Sparkasse - ohne Wenn und Aber.“

Da genau dieses „Wenn und Aber“ immer wieder für Skepsis sorgte, stellte ich am 07. Februar eine "Kleine Anfrage" an den Senat von Berlin, welche EU-Auflagen im Zusammenhang mit den Beihilfen zur Rettung der Bankgesellschaft Berlin (heute LBB Holding AG) die Verpflichtung ergäben, auch die Berliner Sparkasse als Teil der LBB AG, zu verkaufen. Hier die Antwort:

„Die Entscheidung der Europäischen Kommission vom 18. Februar 2004 über eine Umstrukturierungsbeihilfe

Einhaltung eines Schutzmaßnahmenkataloges gegenüber Mietern und Beschäftigten. So soll bspw. verhindert werden, das kleinere Unternehmen etwa durch die Umwandlung von Gewerberäumen in teure Lofts für Privatmieter verdrängt würden.

Dem Verkauf muss das Abgeordnetenhaus noch zustimmen. Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus wird nur zustimmen, wenn der Verkaufserlös wie folgt verteilt wird:

„Anlässlich der Debatte im Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales sowie im Ausschuss für Wirtschaft Technologie und Frauen zum Thema Bundesdruckerei begrüßt die Linksfraktion, dass sich Wirtschaftsminister Wolf gegenüber der Bundesregierung dafür eingesetzt hat, dass die Bundesdruckerei als eigenständiges Unternehmen mit ihren gegenwärtig über 1.300 Arbeitsplätzen in Berlin-Kreuzberg erhalten bleibt.

Deutschlands zugunsten der Bankgesellschaft Berlin AG (...) enthält als Auflage, dass das Land Berlin sich von seiner Beteiligung an der Bank trennen muss. Die Berliner Sparkasse ist ein integraler Teil der Landesbank Berlin. Die Herauslösung aus der Landesbank hätte im Widerspruch zu dem am 28. Januar 2002 zusammen mit dem Beihilfeantrag vorgelegten und von der Kommission bestätigten Sanierungskonzept gestanden.“

Für eine Sonderlösung bestand laut dieser Anfrage keine Möglichkeit. Die Zustimmung zum Verkauf haben die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus und der 10. Landesparteitag unter anderem davon abhängig gemacht, dass die sparkassentypischen Pflichten der Sparkasse erhalten bleiben müssen (siehe dazu auch Infoblatt Nr. 3 vom März 2007). Der Landesparteitag vom 11. März hielt dazu fest, dass dieses nur erreicht werden kann, wenn eine Börsenplatzierung der LBB-Landesanteile ausdrücklich *nicht* erfolgt.

1. Soll die Investitionsbank Berlin (IBB) den Buchwert der GSG (134 Millionen Euro) erhalten. Dadurch wird sie in die Lage versetzt auch zukünftig als Förderbank für Klein- und mittelständische Unternehmen aktiv zu werden.

2. Soll ein Teil des Erlöses (145 Millionen Euro) zur Sanierung des Berliner Landeshaushaltes eingesetzt werden.

3. Soll die Stadt profitieren, indem die Berliner Bäder für 50 Millionen Euro ökologisch saniert werden.

Die Produktion von Hochsicherheitsdokumenten muss weiterhin bei der Bundesdruckerei bleiben. Wir fordern die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen auf, sich für den Erhalt des Unternehmens einzusetzen und wieder Anteile an der Bundesdruckerei zu erwerben.“

## Verstetigung des QM-Gebietes Oberschöneweide

Unter Quartiersmanagement (QM) versteht man eine Methode der Stadtentwicklung, die eine integrative und aktivierende Strategie der stadtteilbasierten Förderung zugrunde liegt.

Diese Strategie wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für Stadtteile angewandt, die starken sozialen Belastungen ausgesetzt sind. Indikatoren hierfür können eine hohe Arbeitslosigkeit, ein hoher Wohnungsleerstand, eine hohe Fluktuation oder ein hoher Migrantenanteil sein. Auf diese neuen Herausforderungen der Stadtentwicklung soll durch Verwaltungen, private Wirtschaft, Vereine und Anwohner gemeinsam reagiert werden. Langfristig sollen dadurch vor allem die Bewohner der Stadtteile in den Entwicklungsprozess integriert werden. Verantwortungsbewusstsein und selbsttragende Bewohnerorganisationen sollen geschaffen werden. Gerade der letzte Punkt gestaltet sich dabei in der Praxis oft schwierig. Die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angekündigte Verstetigung des QM-Gebietes Oberschöneweide (OSW) bedeutet, dass die Fördermittel für das QM zum Jahresende auslaufen. Somit entsteht die Frage, ob Elemente des QM, wie Bürgerbeteiligung und die aufgebauten sozialen Infrastrukturen aufrechterhalten werden können.

## Linksfraktion gegen Steinkohlekraftwerk

Zur Sicherstellung der Wärme- und Stromversorgung hat sich die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus darauf verständigt, dass die Ersetzung des Heizkraftwerks Klingenberg notwendig ist.

Immerhin werden nahezu 500.000 Wohnungen über das Heizkraftwerk mit Fernwärme versorgt. Das Kraftwerk an der Köpenicker Chaussee in Rummelsburg wurde in den 1920er Jahren erbaut und zuletzt 1987 saniert. Der Betreiber, die Vattenfall Europe AG, möchte als Ersatz eventuell ein neues Steinkohlekraftwerk errichten, das zugleich ein Mehrfaches an Strom als bisher erzeugen soll. Steinkohle und die Mehrerzeugung von Strom bringen einen Anstieg der Kohlenstoffdioxid-(CO<sub>2</sub>)Emissionen mit sich. Deshalb hat sich die Abgeordnetenhausfraktion mit dem Neubau des Kraftwerkes befasst und unter dem Aspekt des Klima- und Umweltschutzes beraten. Folgender Beschluss wurde gefasst:

Die Fraktion wird einer Ersatzinvestition nur zustimmen, wenn folgende Punkte Beachtung finden:

1. Der geplante Kraftwerksneubau erfolgt *ohne* Steinkohle und entspricht den Klimaschutzpolitischen Zielen des Landes Berlin. Dazu gehören laut Koalitionsvertrag zum Beispiel eine weitere Reduzierung des Energieverbrauches oder eine geplante CO<sub>2</sub>-Einsparung von 25 Prozent bis 2010.
2. Überholte und gesundheitsschädliche Technologien der Schadstoffbeseitigung und Wasseraufbereitung werden abgelöst.
3. Eine zukunftssträchtige Nachnutzung aufgegebener Standorte wird vorbereitet.

Über die Folgen der Verstetigung von QM-Gebieten für die betroffenen Stadtteile und Kieze diskutierten am 13. März Thomas Flierl (MdB, Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses) und ich mit dem Landesvorstand. Mit dem Auslaufen der Förderung des QM OSW durch die Senatsverwaltung muss der Bezirk Treptow-Köpenick prüfen, wie die Arbeit in den QM-Gebieten fortgesetzt werden kann. Am Beispiel des QM-Gebietes Oberschöneweide, wurde gezeigt, dass u. a. durch das Vorhandensein einer starken Bürgervertretung, die mögliche Kooperation mit einem benachbarten Sanierungsgebiet und die langsame Entwicklung einer Anti-Nazi-Bewegung gute Bedingungen gegeben sind, um mit einer anderen Idee die Arbeit fortzusetzen. Allerdings stünden dafür bald weniger finanzielle Mittel zur Verfügung.

Zu diesem Ergebnis kam es auch bei einem Gespräch mit Vertretern des QM OSW, Marko Tesch (Linkspartei.PDS), Udo Franzke (BVG, Linkspartei.PDS) und mir am 01. März. So soll dieses QM-Gebiet laut Senatsbeschluss ab 01. Januar 2007 in einem einjährigen Übergabeprozess in ein bezirks- und bewohnergetragenes Verfahren übergeleitet werden. Die Runde kam zu der Übereinkunft, dass es gegen das Verstetigungsverfahren selbst keinen Einspruch gibt, der Übergangszeitraum jedoch auf 2 Jahre erhöht werden sollte. Oberschöneweide ist noch nicht ausreichend stabilisiert. Die FHTW als ein Faktor, der zur Stabi-

Im Gespräch mit Vattenfall, möchte sich die Linksfraktion zudem dafür einsetzen, dass das Unternehmen sein Neubaukonzept mit den ökologischen und sozialen Erfordernissen der Berlinerinnen und Berliner in Einklang bringt. Die geplante Investition des Konzerns von einer Milliarde Euro, soll umwelt- und arbeitsmarktpolitisch sinnvoll eingesetzt werden. Darüber hinaus soll ein unabhängiges Umweltinstitut die Kraftwerksplanung und das Gesamtenergiekonzept Vattenfalls überprüfen und eine CO<sub>2</sub>-Emissionsbilanz erstellen, deren Ergebnisse transparent gemacht werden. Nach Fraktionsauffassung sollen für den Neubau sowie für die bereits stillgelegten Standorte Bebauungspläne erstellt werden.

## Linksfraktion zum Traifsystem der Wasserbetriebe

Die Sprecherin der Fraktion Kathi Seefeld informiert:

Die Linksfraktion befasste sich in ihrer Sitzung am 27.03. mit der von den Berliner Wasserbetrieben geplanten Umstrukturierung des Tarifsystems. Mit der Änderung soll ab 1. Juli 2007 – wie in anderen Bundesländern bereits üblich – das Tarifsystem aus einem Grund- und einem Mengen- bzw. Arbeitspreis bestehen. Ein Vertreter der BWB stellte die Umriss des geplanten Modells vor.

Demnach wird es künftig je einen Grundpreis für Wasser und Schmutzwasser geben, der pro Anschluss in Anhängigkeit von der Größe der vorhandenen Wasserzähler erhoben wird. Mit dem Grundpreis wird der vorhandene betriebsbereite Anschluss und damit die Möglichkeit, rund um die Uhr Wasser zu entnehmen und Schmutzwasser abzuleiten, bezahlt. Mit der Einführung des Grundpreises wird der

lisierung des Kiezes beitragen könnte, muss erst einmal ganz dort ankommen, sich etablieren und integrieren. Zudem wurde die Frage gestellt, auf welcher Grundlage die Entscheidung zur Verstetigung getroffen wurde. Weder wurden die Erfahrungen der bisherigen Verstetigungen aus Pankow und Friedrichshain analysiert, noch wurden von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Daten zur Evaluation der bisherigen Arbeit des Quartiersmanagement in OSW angefordert.

Zur Fortsetzung der bisher erfolgreichen Arbeit des QM ist es nötig, den Verstetigungsprozess in Oberschöneweide auf einen Zeitraum von zwei Jahren auszudehnen. So kann der Bezirk in eine Situation gebracht werden, die die Entwicklung und Beibehaltung von sozialen Infrastrukturen und der Bürgerbeteiligung erlaubt und die Entwicklung der Anti-Nazi-Bewegung zulässt.

Inzwischen haben Jutta Matuschek (MdB) und Thomas Flierl das Thema im Stadtentwicklungsausschuss des Abgeordnetenhauses auf die Tagesordnung gesetzt. Auch die Linksfraktion in der BVG Treptow-Köpenick hat das Thema aufgegriffen und wird sich unter anderem in einer thematischen Fraktionssitzung mit den Perspektiven des QM OSW befassen.

Mengenpreis – der Preis je Kubikmeter Wasser und Abwasser, der für alle Kunden gleich ist – sinken. Die Linksfraktion hat dazu folgendes beschlossen:

Die Linksfraktion bewertet das jetzt beabsichtigte Modell als sozial ausgewogen und verursachergerecht. Sie unterstützt dessen Einführung. Besonders hervorzuheben ist nach ihrer Ansicht:

1. Der Mengenpreis wird für alle Abnehmer gleich sein und richtet sich nach dem Verbrauch. Es wird keinen Mengenrabatt für Großverbraucher geben. Das Modell folgt demnach dem Grundsatz: Wer viel verbraucht, zahlt mehr.
2. Bei kleinen Wasserzählern, über die etwa 70 Prozent der Kunden versorgt werden, wird es verbrauchsabhängige Tarifstufen beim Grundpreis geben. Damit wird unterschiedliches Verbrauchsverhalten gerecht berücksichtigt.
3. Es wird perspektivisch einen Anschluss- und Benutzerzwang geben. Genaue Modalitäten – Übergangsfristen, Bestandsschutz-Regelungen – werden in den kommenden Wochen konkretisiert.

## Uwe Doering persönlich - Sprechstunden

In diesem Monat biete ich wieder eine Sprechstunde an. Diesmal zusammen mit Hans Erxleben, Bezirksverordneter.

Am 19. April 2007 von 18 bis 19 Uhr  
im  
Kulturzentrum Adlershof, in der  
Dörpfeldstraße.